

03/2025

Digitale Innovationen für mehr Wettbewerbsfähigkeit

Wir brauchen eine neue Gründerzeit. Eine politische und wirtschaftliche Kraftanstrengung, die Digitalpolitik als zentrale Erfolgsdeterminante der Zukunft endlich in den Mittelpunkt unserer Wirtschaft stellt.

Die Technologien, die uns in der Vergangenheit Wohlstand gebracht haben, sind nicht mehr die Antworten, die auch in Zukunft Erfolg sichern. Die Fähigkeit zur Innovation ist dabei nicht nur entscheidend für unseren wirtschaftlichen Fortschritt, sondern auch für die Lösung der existenziellen Herausforderungen unserer Zeit – von der Klimakrise bis hin zur geopolitischen Wettbewerbsfähigkeit. Um weiterhin an der Spitze der globalen Wirtschaft zu stehen, muss Deutschland sein Wirtschaftsmodell neu denken.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Wettbewerbsfähige und kohärente Regeln

Ein wettbewerbsfähiger Digitalmarkt erfordert kohärente Rahmenbedingungen. Die Durchsetzung muss effizient und unter Vermeidung bürokratischer Belastung geschehen. Die EU-Kommission hat bereits zahlreiche Maßnahmen insbesondere zur Regulierung von KI vorgelegt. Nun sollten bestehende digitalpolitische Regeln weiterentwickelt werden, um Inkohärenzen, Doppelregulierungen und redundante Aufsichtsstrukturen zu beseitigen. Dabei sollte explizit nicht das weitreichendste Regulierungsniveau als Standard gesetzt werden. Ziel muss sein, Innovationen in einem geregelten Rahmen zu ermöglichen und nicht zu verhindern.

Die nationale Umsetzung von europäischen Richtlinien darf **keine neuen „Gold Plating“-Maßnahmen** enthalten, die eine Fragmentierung der Regulierung zur Folge haben. Der AI-Act und die DSGVO müssen

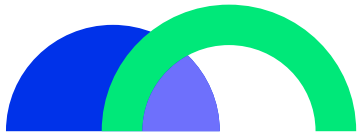
harmonisiert und innovationsfreundlich umgesetzt werden. Der KI-Verhaltenskodex sollte praxisnah gestaltet werden und KI-Lösungen „Made in Europe“ nicht behindern. Die Einordnung in Risikokategorien muss konservativ und transparent erfolgen. Das Durchsetzungsproblem des DSA muss behoben werden, um einen fairen Wettbewerb für Online-Plattformen sicherstellen zu können.

Schlüsseltechnologien und Innovationen

Strategisch wichtige Wirtschaftsbereiche mit drohender Abhängigkeit von außereuropäischen Staaten müssen in Europa gestärkt werden. Dazu zählen Schlüsseltechnologien wie KI, Biotechnologie, Batterien, Halbleiter und GreenTech. Um im globalen Wettbewerb zu bestehen, muss die Bundesregierung strukturelle Innovationshemmnisse beseitigen – über Förderprogramme hinaus.

Deutschland sollte gemeinsam mit europäischen Partnern, insbesondere Frankreich, **gezielt in den Ausbau einer europäischen KI- und Cloud-Infrastruktur investieren**, Standards definieren und die Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern. Notwendig sind Hochleistungsrechenkapazitäten, sichere Datenräume und ein Multi-Cloud-Ansatz für Verwaltung und Wirtschaft.

DeepSeek hat eindrucksvoll gezeigt, dass das Rennen um die Technologieführerschaft noch offen ist. Beispielsweise eröffnet uns die Integration von KI-Technologien in unsere weltweit führende Industrie die Chance, eine Vorreiterrolle im Bereich der Industrial AI einzunehmen. Die Politik muss disruptive KI-Projekte mit strategischen Investoren fördern und Kapital mobilisieren. Die WIN-Initiative dient hier als Blaupause für erfolgreiche Innovationspolitik. Gleichzeitig sollte die KI-Implementierung im Mittelstand gestärkt werden, um digitale Transformation und den Aufbau europäischer Champions voranzutreiben. So kann Europa eine Spitzenposition in Zukunftstechnologien sichern.



Digitaler Staat

In den nächsten fünf Jahren werden in Bund, Ländern und Kommunen ca. 840.000 Vollzeitfachkräfte in den Ruhestand gehen. Der drohende Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung verstärkt die öffentliche Wahrnehmung, dass der Staat handlungsunfähig wird. Nur mittels Automatisierung und Standardisierung wird der Staat in der Lage sein, diese Lücke zu schließen. Eine strategische und koordinierte öffentliche Beschaffung zur Einführung von KI-Anwendungen, die in der Verwaltung souverän betrieben werden können, ist entscheidend.

Öffentliche Institutionen müssen bei der digitalen Transformation vorangehen, indem sie Prozesse digitalisieren, Bürokratie durch Digitalisierung abbauen und **selbst als Ankerkunde** von KI und Cloud Infrastrukturen auftreten.

Ein **Digitalministerium** kann dazu beitragen diese Ziele zu erreichen. Entscheidend ist jedoch, dass die Umsetzung über Symbolpolitik hinausgeht - es muss mit weitreichenden Kompetenzen und einem klar definierten Aufgabenbereich ausgestattet werden.

Cybersicherheit stärken: Harmonisierung und zügige Umsetzung zentraler Regulierungsvorhaben

Mit der fortschreitenden Digitalisierung steigt auch die Gefahr von Cyberangriffen, insbesondere auf Kritische Infrastrukturen. Um die Durchsetzung zu erleichtern und Doppelregulierungen zu vermeiden, müssen IT-Sicherheitsvorgaben harmonisiert und auf das notwendige Minimum reduziert werden.

Statt mehrerer Behörden sollte ein zentraler Ansprechpartner für Nachweisverfahren und Meldungen von KRITIS-Betreibern eingerichtet werden. Für mehr Rechtssicherheit gilt es zudem, nationale Alleingänge - etwa bei Zertifizierungs- und Standardisierungsprozessen - zu vermeiden.

Das in der endenden Legislatur nicht mehr verabschiedete Umsetzungsgesetz zur NIS2-Richtlinie und KRITIS Dachgesetz sowie das nationale Durchführungsgesetz zum AI-Act sind wichtige Vorhaben, die schnellstmöglich und unternehmensfreundlich abgeschlossen werden sollten. Sie stärken ein hohes gemeinsames (EU-weites) Cybersicherheitsniveau und den Einsatz sicherer und vertrauensvoller KI.

Fairer Wettbewerb auf Online-Plattformen

Der Direktversand von Waren aus Drittstaaten, etwa durch Temu und Shein, hat stark zugenommen – täglich über 400.000 Sendungen an deutsche Verbraucher. Oft werden europäische Produkt-, Verbraucher- und Lauterkeitsvorgaben nicht eingehalten, was zu unfairem Wettbewerb führt. Es braucht ein einheitliches europäisches Level Playing Field, das nur durch konsequente Umsetzung des geltenden Rechts auf europäischer und Bundesebene gewährleistet werden kann. Die Abschaffung der 150-Euro-Freigrenze sollte bis 2025 erfolgen statt erst 2028. Allerdings benötigt es grundsätzlich eine Systematik, die größeren Sendungsmengen gerecht werden kann. Drittstaatenhändler agieren flexibel und schnell – die deutsche Politik sollte Druck auf die EU-Kommission ausüben. Zudem braucht der Zoll mehr Personal und bessere Infrastruktur.

Kompetenzcluster Innovation & Digitalisierung

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin
kommunikation@wv-g.de

Hauptgeschäftsführung: Martin Kaul,
Katharina Krüger (stellv.)

Referenten Cluster Innovation & Digitalisierung:
Christoph Busch, Leander Héralut

Aus der Wirtschaft, mit der Politik: In den Kompetenzclustern entwickeln die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung der Grünen Perspektiven und Impulse. Diese müssen nicht in jedem einzelnen Fall mit den Positionen jedes einzelnen Mitglieds übereinstimmen. [Mehr hier.](#)

Eingetragen im [deutschen Lobbyregister](#)
R007085 & im [EU Transparenzregister](#)
290752950419-55